



**Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck,
Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale
Fragen der Deutschen Bischofskonferenz**

**Fragilität und Hoffnung in der Pandemie:
Ein sozialetischer Zwischenruf zu Corona**

1. Vorbemerkung zum Zwischenruf

„Wir müssen lernen, mit Corona zu leben.“ Spätestens seit Anfang November 2020 hat dieser Satz wieder eine bedrückende Aktualität gewonnen. Noch steht uns der Abend des 27. März 2020 vor Augen, als Papst Franziskus vor der Szenerie des leeren Petersplatzes „für die Stadt (Rom) und für den ganzen Erdkreis“ den Segen „Urbi et Orbi“ spendete. Diese Szene bekommt angesichts des herannahenden Weihnachtsfestes neue Dramatik: Werden wir die Geburt Christi in der Gemeinschaft der Gläubigen feiern können? Oder wird es wieder einen einsamen Segen für die Vereinsamten geben müssen? Was sind die Erfahrungen aus einem halben Jahr „mit Corona“? Welche Lehren deuten sich an, um Eckpfeiler einer neuen Normalität mit Corona für die nächsten Monate und vielleicht Jahre einzuschlagen?

Politisch geht es vorrangig darum, die Infektionszahlen niedrig zu halten und Leben zu retten. Damit verbunden sind Einschnitte in unsere Lebensführung, die eine gerechte Verteilung von Lasten und eine angemessene Gestaltung von Hilfen erfordern. Welcher Grundprinzipien bedarf aber ein Handeln unter der Prämisse, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt? Welchen Sinn hat die menschliche Existenz, deren Fragilität und Verwundbarkeit durch Corona so jäh in unser Bewusstsein gezerzt werden? Die Kirche hat hierzu Beobachtungen, Fragen und klare Wertvorstellungen beizutragen. Sie hat eine Botschaft der Hoffnung. Und sie hat ihre eigenen Erfahrungen gemacht: Sie hat erfahren, wie sehr sie durch die physische Gemeinschaft im Glauben geprägt und strukturiert ist. Wie wir alle hat sie Fehler gemacht und ist Irrtümern aufgesessen. Wie andere erlebt sie, dass ein Teil ihrer Mitglieder unter den Beschränkungen für den Gottesdienstbesuch leidet – und dass ein anderer Teil sich abwendet und die Kirche vergisst. Sie erfährt, wie sich die eine Gruppe den Nachbarn und Bedürftigen in geschwisterlicher Liebe zuwendet – und ein anderer Teil der Kirchengemeinde sich isoliert, abschottet und abwendet. Wir erleben den

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 103 214
Fax +49 (0) 228 103 254
Mail pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online

Wandel und die Verletzlichkeit gewachsener Strukturen – und haben doch grundlegende Maßstäbe, die wir empfehlen.

2. Die Würde des Menschen in Freiheit und Verantwortung

Die Coronakrise steht als Ausdruck für eine fundamentale Umbruchsituation unserer Welt. Schon der erste Lockdown im Frühjahr 2020 löste drängende Fragen aus: Isolation oder doch besser Herdenimmunität? Wie gefährlich ist das Virus? Nun zeigt sich immer deutlicher, wie tiefgreifend die Pandemie unsere Welt erschüttert. Das unfassbare Leid und die dadurch hervorgerufene Ausnahmesituation ganzer Staaten werden erschreckend konkret in der nicht mehr beherrschbar scheinenden Situation auf den Intensivstationen und in der großen Zahl der Toten. In den Medien haben wir Militärfahrzeuge gesehen, die die Leichen abtransportierten, und wir haben die Verzweiflung von Menschen gespürt, die ihre sterbenden Angehörigen nicht begleiten und sich nicht von ihnen verabschieden konnten. Wir denken an die vielen Kranken und deren Angehörige, nicht nur in unserem Land, sondern auf der ganzen Welt. All dies führt, je näher es an uns herankommt, zu einer großen Verunsicherung.

Die konkreten Erfahrungen der ersten Phase in Deutschland waren dann geprägt vom rechtzeitigen, erfolgreichen Einsatz zahlreicher Präventionsmaßnahmen – die Zahlen in Deutschland verweisen darauf, dass das Ziel „Flatten the curve“ im Frühjahr 2020 vergleichsweise gut erreicht wurde. Zugleich aber wurde gerade hier bedrückend deutlich, dass Christian Drosten recht hatte, als er sagte: „There is no glory in prevention“. Das Präventionsparadox macht es für viele schwer, die Beschränkungen zu akzeptieren und mitzutragen. Die Ungewissheit ist zum charakteristischen Kennzeichen der Gesellschaft im Jahr 2020 geworden. Fehlende Planbarkeit, Überlastung, Zukunftsängste und Isolation belasten die Menschen. Einsamkeit und das konkrete Leid im Falle eines dramatischen Infektionsverlaufs führen uns die ganze Fragilität unserer individuellen und gesellschaftlichen Existenz vor Augen. Fortschritt, Wachstum und Erfolg als Kriterien, die bis dahin weithin die Weltsicht bestimmt hatten, sind der Erfahrung der Verletzlichkeit gewichen. Wir lernen neu, welche Gruppen in besonderer Weise unserer Sorge und Verantwortung anvertraut sind. Waren das im Umfeld des ersten Lockdowns noch zuvorderst die Alten und Kranken, die besonders unter den Folgen dieser rigiden Maßnahmen zu leiden hatten, so sind es jetzt auch zunehmend jene Gruppen, für die die notwendigen Entscheidungen im ökonomischen Sinne zu existentieller Not führen können, etwa die Künstler und Kulturschaffenden.

Für jeden Einzelnen, für die Gesellschaft als Ganze und all ihre Akteure stellt die Pandemie eine große Herausforderung an die Wahrnehmung und Entfaltung der individuellen Freiheit dar. Gerade in unserer stark ausgeprägten Kultur der Freiheit müssen wir alle neu lernen, was es bedeutet, die eigene Freiheit einzuschränken bzw. einschränken zu lassen.

Auch als Kirche tun wir uns schwer mit dieser Situation. Wie für die ganze Gesellschaft ist sie für uns völlig neu. Wir sehen und spüren die Not der Menschen, sind aber oft unsicher, wie wir

konkret helfen sollen. Klar ist, dass der bisherige Modus der Verkündigung derzeit nur noch schwer trägt. Die Kirche muss, aktueller denn je, eine lernende und zuhörende Kirche sein, die das Suchen nach den Spuren Gottes in dieser Zeit und Wirklichkeit in neuer Weise begleitet. Sie muss für ihre Botschaft von dem Gott, der in seiner Menschwerdung selbst die Gestalt eines hilflosen und schwachen Menschen angenommen hat, eine aktuelle Sprache finden, damit sie die Menschen erreicht und tröstet.

3. Beobachtungen in Zeiten der Pandemie

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie verstören die Menschen außerordentlich. Wenn das gesellschaftliche Leben zum Erliegen kommt, hat dies dramatische Auswirkungen auf die individuelle Psyche und weitreichende Folgen für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in unserem Land. Diese Problemlagen verdeutlichen die *Sozial- und Sozialstaatsbedürftigkeit unserer Gesellschaft*.

In der Pandemie zeigt sich aber auch, wie kompetent und konzentriert unsere Gesellschaft eigene Wege findet, mit der Krise umzugehen. In einer bis dato beispiellosen Ausnahmesituation wurde der soziale Frieden im Großen und Ganzen bewahrt. Das ist eine große Leistung, für die wir dankbar sind. Die Krisenbewältigungskompetenz und eine kreative Anpassungsfähigkeit zeigen sich in der Politik im Kleinen daran, dass etwa der Deutsche Bundestag Ende März seine Geschäftsordnung geändert hat, um in Zeiten der Pandemie beschlussfähig zu bleiben, im Großen an der Überschreitung bisheriger Tabus, wie die gemeinsame Schuldenaufnahme zur Finanzierung des Europäischen Aufbauplans „Next Generation EU“. Zugleich beobachten wir ein der Krise geschuldetes *Comeback des Staates*, das sich in einer breiten Zustimmung zur notwendigen Handlungsfähigkeit der Regierung äußert. Wenngleich Kritik an einem „Flickenteppich“ von Detailregelungen der Länder in mancher Hinsicht berechtigt ist, funktionieren sowohl der Föderalismus als auch unser Gesundheitssystem insgesamt gut – das gilt erst recht im internationalen Vergleich.

Mit einer starken Orientierung der Politik an aktuellen Forschungsergebnissen ist im öffentlichen Diskurs ein *Erstarken der wissenschaftlichen Politikberatung und faktenbasierten Bewertung* von Vorgängen zu beobachten, das sich auch auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit erstreckt. Selbst wenn sich Teile der Bevölkerung der Verantwortung für ihre Mitmenschen verweigern, sich aus einem falsch verstandenen Freiheitsverständnis heraus an Gesundheitsschutzmaßnahmen abarbeiten und verschwörungsideologischen Ansätzen glauben, ist das Gesamtbild ein Hoffnungsvolles.

Nicht zuletzt beobachten wir ein neues *großes Interesse an ethischen Fragen*, das besonders in der Problematik medizinischer Triage-Entscheidungen sichtbar wird. Darüber hinaus spielen die ethischen Aspekte der Abwägung wirtschaftlicher und gesundheitlicher Interessen, der Verteilung von Impfstoffen oder der Ausstattung der Corona-Tracing-App im öffentlichen und im politischen Diskurs eine bedeutende Rolle. Ethisch betrachtet geht es vor allem um die

Solidarität, wie sie in der Tradition der katholischen Soziallehre neben den Prinzipien der Personalität, der Subsidiarität und des Gemeinwohls formuliert ist. In seiner jüngsten Sozialenzyklika *Fratelli tutti* erinnert uns Papst Franziskus an unser gesellschaftliches Zusammenleben als geschwisterlich verbundene Personen. In der Pandemie zeigt sich diese Geschwisterlichkeit aller Menschen besonders deutlich: Auf der ganzen Erde sind Menschen betroffen, alle Gesellschaften ringen mit denselben Problemen.

4. Sozialethische Impulse zum Leben mit Corona

Die katholische Soziallehre bietet einen Orientierungsrahmen für das gesellschaftliche Leben, insbesondere in Zeiten der Unsicherheit und Krise. Der Mensch ist, wie der heilige Papst Johannes XXIII. es in seiner Enzyklika *Mater et Magistra* ausdrückt, „der Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen“ sowie „von Natur aus auf Mit-Sein angelegt und zugleich einer höheren Ordnung berufen“. Die politischen Entscheidungen in der Krise müssen den Menschen ins Zentrum stellen, dürfen aber das Wohl der Person und aller Menschen nicht an der ökonomischen Existenz allein oder an der Leistungserbringung festmachen. Vielmehr gilt es, den Menschen in seiner gottgegebenen Würde anzuerkennen, aus der heraus ihm Freiheit und Verantwortung zur Entfaltung seiner Ressourcen zustehen. Damit kommen die Freiheitsrechte und die verantwortete Autonomie ins Spiel, was auch für die sogenannten „Risikogruppen“ gilt. Die Sorge für die Gesundheit der vulnerablen Menschen, also insbesondere der Alten, ist die eine und im Zweifel die entscheidende Seite. Ohne den Schutz menschlichen Lebens könnten unsere Rechte nicht ihre Wirkung entfalten. Die Achtung der freiheitlichen Entscheidung der Menschen ist eine andere Seite der notwendigen Güterabwägung im Blick auf die zu treffenden Maßnahmen. Die in der katholischen Soziallehre eng mit dem *Solidaritätsprinzip* verknüpfte „vorrangige Option für die Armen“ ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch im sozialen Sinne zu verstehen. Sie umfasst die Kranken, die Schwachen, die Bedürftigen, die älteren Menschen und die Pflegebedürftigen.

Wir alle sind in dieser Krise aufgerufen, solidarisch zu handeln. Als Gemeinschaft sollten wir uns in unserer Solidarität vom Prinzip der *Subsidiarität* leiten lassen. In erster Linie muss die Familie als Kern jedes gesellschaftlichen Lebens gestärkt werden, gerade dann, wenn sich die Familien um Kinder oder um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Kindern und Jugendlichen muss in der Krise besondere Aufmerksamkeit gelten, um die Bildungsgerechtigkeit nicht aus dem Auge zu verlieren. Sie sind in einer besonderen Lebensphase, in der sich ihre Persönlichkeit und ihr Geist noch formen. Sie sollen stark aus dieser Pandemie hervorgehen, und nicht gegen dauerhafte Bildungsrückstände oder mit psychischen Beeinträchtigungen kämpfen müssen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollte in diesem Sinne die kommunale Ebene finanzielle Spielräume erhalten, die im besonderen Maße den sozialen Einrichtungen zugutekommen.

In Zeiten räumlicher Distanz muss die Gesellschaft zusammenrücken. Zielgenau sollten Menschen und Branchen unterstützt werden, denen die Krise ihre Berufstätigkeit zeitweise

unmöglich macht. Gerade auf dem Arbeitsmarkt dürfen die Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Maßnahmen wie Kurzarbeit oder Finanzierungshilfen sollen Unternehmen in ihrer Verantwortung für Arbeitnehmende unterstützen. Es ist aber eine Frage der Gerechtigkeit, keine Lasten zu verschieben, die nicht verschoben werden sollten. Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit ist auf eine tragfähige Finanzierung von Hilfen zu achten.

In der Rückschau ist es einfach, Entscheidungen während des ersten Lockdowns vom März 2020 als übertrieben oder unnötig zu bewerten. Mit dem Wissen von damals war das rigide Vorgehen richtig – genauso, wie es jetzt auch wieder richtig ist. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass ein reines „Fahren auf Sicht“ nicht ausreicht. Die Menschen brauchen eine Perspektive, die anhand transparenter Kriterien entwickelt wird. Der Staat hat die Aufgabe, als Garant der verantwortlichen Freiheit des Einzelnen zu agieren und immer wieder abzuwägen zwischen eben dieser Freiheit und der Sorge um das Gemeinwohl.

Das oben benannte *Comeback des Staates* darf nicht zu einer langfristigen Verschiebung der Gewaltenteilung führen. Selbst wenn die Krise zuweilen als die „Stunde der Exekutive“ bezeichnet wird, muss sich unsere Gesellschaft auf den demokratischen Aushandlungsprozess verlassen können. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass führende Verantwortliche der Politik sowohl einen klugen und verantworteten Umgang mit der individuellen Freiheit als auch unser Engagement für das Gemeinwohl fordern und dabei eine vorrangige Option für die Schwachen der Gesellschaft als handlungsleitend betrachten. Aus Sicht der Kirche sind dies wesentliche Voraussetzungen für einen Umgang mit der Pandemie, der den Menschen als Person und alle Menschen als eine geschwisterlich verbundene Familie ins Zentrum setzt. Bei der Verkündigung unseres Vertrauens auf Gott und der Hoffnung auf unser individuelles Heil gehört diese Einsicht zu den wesentlichen Beiträgen aus christlicher Überzeugung, worauf hinzuweisen die Kirche nicht müde wird.

All dies gilt im Übrigen nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Europäische Union. Die Pandemie ist eine globale Herausforderung, die Europa nur gemeinsam bewältigen kann. Papst Franziskus hat kürzlich in einem durch den Heiligen Stuhl veröffentlichten Brief seine Träume für diesen Kontinent formuliert, in denen er für Europa sowohl einen Weg der Geschwisterlichkeit als auch einen Weg der Solidarität aufzeigt. Dies bedeutet, dass der Mensch mit der unveräußerlichen Würde seiner Person im Zentrum politischen Handelns steht und dass die Staaten und Gesellschaften untereinander solidarisch sind.

5. Fazit

Welche Lehren deuten sich also im Hinblick auf eine neue Normalität mit Corona an? Eine Zeit, die uns so deutlich die ohnmächtige Verwundbarkeit des Menschen als individuelles und soziales Wesen vor Augen führt, erfordert gegenseitigen Halt in der Gesellschaft. Der Mensch ist gleichsam „auf Mit-Sein angelegt“ (*Mater et Magistra*) und in der Pandemie tritt seine Sozial- und Sozialstaatsbedürftigkeit deutlich hervor. Ein funktionierender Sozialstaat ist mithin die Grundvoraussetzung für die Kompetenz unserer Gesellschaft zur

Krisenbewältigung. Neben einer Rückbesinnung auf den Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse und einer faktenbasierten Bewertung von Vorgängen bleibt für uns Christen das Vertrauen auf den liebenden und ewigen Gott im Zentrum, der sich in diese Fragilität menschlichen Lebens hineinbegeben hat und in ihr selbst Mensch geworden ist. Für uns ist die Überzeugung zentral, dass wir uns von Gottes Liebe zu uns Menschen und von der darin begründeten Hoffnung getragen wissen, dass trotz und im Verlaufe mancher Schwierigkeit eben dieser Gott ein „Gott mit uns“ ist. In seiner Nachfolge sind wir aufgerufen zu Solidarität und Geschwisterlichkeit. Was das in der Pandemie konkret bedeutet, ist immer wieder situativ auszuloten. Angesichts der großen Unsicherheit, die für uns alle eine ganz eigene und neue Herausforderung darstellt, muss die Kirche sich aufmachen, in noch stärkerem Maße eine zuhörende und lernende Kirche zu sein und ihr Selbstverständnis mit den Menschen als Suchenden unterwegs neu zu formulieren. So kann sie in dieser Krise den Menschen die Botschaft des Evangeliums neu verkünden und gemeinsam mit ihnen eine Kultur der Achtsamkeit im Umgang mit der Fragilität menschlichen Lebens entwickeln. Eines steht fest: Gerade in Zeiten der Krise wissen wir, dass Gott uns trägt und uns niemals verlässt. Das gibt uns Hoffnung!